

**Kantonsrat**

## **KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 26. Januar 2026  
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

### **A 658 Anfrage Heselhaus Sabine und Mit. über Gewässerverschmutzung durch Deltamethrin in der Wyna bei Beromünster und dringlichen Handlungsbedarf zur Verhinderung akuter Umwelt- und Gesundheitsgefahren und Langzeitschäden / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Die Anfrage A 650 wurde auf die Januar-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Sabine Heselhaus hält an der Dringlichkeit fest.

Sabine Heselhaus: Die Dringlichkeitskriterien sind erfüllt. Die Anfrage ist von ausserordentlich hohem politischen Gewicht. Die Öffentlichkeit erwartet eine sofortige Stellungnahme der Politik zu dieser akuten Umweltkatastrophe. Die neuen Hinweise auf unzureichende toxikologische Prüfstandards in der Pestizidzulassung durch die Veröffentlichung durch den langjährigen Mitarbeiter des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) vor drei Wochen sowie die fehlende Transparenz gegenüber der Bevölkerung erhöhen den Druck auf die kantonale Politik. Das Anliegen erträgt keinen Aufschub. Die gesundheitlichen Folgen sind nicht abschätzbar, solange keine umfassende Risikoanalyse und Expositionsabschätzung vorliegen. Je länger der Kanton mit Aufklärung, Monitoring und Kommunikation wartet, desto grösser werden mögliche Folgeschäden und das Vertrauen in staatliche Schutzstrukturen schwindet. Die Anfrage bezieht sich auf kein laufendes Verfahren, sondern verlangt explizit eine neue Bewertung, Koordination und Überprüfung der Verantwortlichkeiten und Kontrollmechanismen. Es handelt sich um eine gesundheitlich, ökologisch und politisch hoch relevante Thematik, die nicht aufschiebbar ist. Die Verbindung zwischen akuter Gewässerverschmutzung, systemischer Kritik an der Pestizidzulassung und dem Handlungsauftrag an den Kanton Luzern zur Gefahrenabwehr und zur Herstellung von Transparenz rechtfertigen die sofortige Behandlung der Anfrage.

Manuela Jost-Schmidiger: Für die Bevölkerung vor Ort ist das politische Gewicht gross. Die mediale Berichterstattung erfolgte schneller als die offizielle Kommunikation. Das hat zu einer Verunsicherung geführt, die vor Ort spürbar ist. Bei uns in der Gemeinde gingen zahlreiche Anfragen aus der Bevölkerung ein. Das Anliegen lässt sich nicht aufschieben, insbesondere die Frage 1 ist für uns zentral. Die Bevölkerung hat Anspruch auf eine zeitnahe, klare und nachvollziehbare Information zum Schutz von Mensch und Umwelt. Die Zuständigkeit liegt klar beim Kanton, denn er bewilligt den Einsatz solcher Mittel. Deshalb stimmt eine kleine Minderheit der Mitte-Fraktion der dringlichen Behandlung zu.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Dieser Vorfall ist in Abklärung, wie dies auch bei anderen Gewässerverschmutzungen üblich ist. Die entsprechenden Massnahmen wurden eingeleitet und die Abklärungen laufen. Aus unserer Sicht besteht keine Dringlichkeit, die Anfrage in dieser Session zu behandeln. Wir werden die Antworten jedoch bald liefern, einige fachliche Antworten sind medial aber bereits geflossen. In diesem Sinn bitten wir Sie, die Dringlichkeit abzulehnen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 76 zu 38 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.